

Neuer Hochheimer Stadtanzeiger

Amthliches Organ



1. Stadt Hochheim

Ercheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag, verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach-Hörsch, beim Telefon 59. Geschäftsstelle in Hochheim: Rassenheimerstr. 25, Telefon 57.

Anzeigen: kosten die 6-gespaltene Colonelzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfg., Reklamen die 6-gespaltene Colonelzeile 30 Pfg. Bezugspreis monatlich 1.— RM. Postcheckkonto 168 67 Frankfurt am Main.

Nummer 35.

Donnerstag, den 24. März 1927

4. Jahrgang

Neues vom Tage.

Nach den Beschlüssen des Steueraussschusses des Reichstags wird die Gemeindegeldsteuer vom 1. April d. J. ab aufgehoben. Es bleibt die Biersteuer, die nicht mehr als 7 Prozent vom Herstellungspreis betragen darf.

Im Handelspolitischen Ausschuss des Reichstags wurde der demokratische Antrag auf Suspension der Zölle für den Export von Getreide und Getreideprodukten abgelehnt.

Von jugoslawischer Seite wird erklärt, man betrachte die durch die italienische Zirkularnote geschaffene Lage mit Optimismus. Man glaube, daß weder eine Völkerverbündigung, noch die in der Erklärung des Ministers des Äußeren vorgeschlagene internationale Untersuchung zur Beilegung des Konfliktes notwendig sein werde.

Der albanische Gesandte in Rom übermittelte im Auftrag seiner Regierung Ministerpräsident Mussolini den Dank für die politische Unterstützung, die die italienische Regierung Albanien anleihen werde.

Deutschland und die Abrüstungsfrage.

In der letzten Sitzung des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes gab der deutsche Delegierte, Graf Bernstorff, eine grundsätzliche Darlegung des deutschen Standpunktes zum Abrüstungsproblem ab. Er betonte mit allem Nachdruck, daß nach den vielen mühsamen Verhandlungen der Sachverständigen jetzt Fragen folgen müßten.

„Wir müssen“, fuhr Graf Bernstorff fort, „uns klar darüber sein, daß die Völkerverbündigung der kleinen und der bereits abgerüsteten Staaten wieder einmal auf Genuß gerichtet sind. Die Verantwortung für eine Entlassung dieser Staaten wird wohl niemand übernehmen wollen. Gerade die auf Grund internationaler Verträge abgerüsteten Staaten, also in erster Linie Deutschland, haben ein Recht darauf, daß nunmehr die allgemeine Abrüstung erfolgt, nachdem zumal die deutsche Abrüstung restlos durchgeführt ist. Diese Abrüstung sollte ja nach dem Versailler Vertrag schon die Einleitung einer allgemeinen Abrüstung sein, wie das auch in aller Form von mehreren Delegierten dieser Kommission ausgesprochen worden ist. Mit Befriedigung begrüßen wir den praktischen Vorschlag von Lord Robert Cecil, auf dessen durchdringender Entwurf noch näher eingegangen sein wird. Eine Teilung wäre unbedeutend; das Problem ist vielmehr in seiner Gesamtheit zu erfassen. Von den zwei Seiten des Problems, der Verabreichung und der Beschränkung der Rüstungen, ist die letztere wenig aktuell, da gegenwärtig ein Wettlaufen nicht erfolgt.“

Was aber auf uns lastet, ist das Problem gewisser übermäßiger Rüstungen und die Gefahren des unausgeglichenen Rüstungsbaus. Diese Ungleichgewichte macht die Wirkungslosigkeit des Völkerbundes problematisch. Unsere wichtigste Aufgabe ist also die Verabreichung der Rüstungen, nach den Worten des Vertreters Italiens die Revision des gegenwärtigen Rüstungsbaus. Wir müssen effektive Ergebnisse erzielen, Sanktionen, die nur neue Gefahren bringen, müssen vermieden werden. Unbefriedigenden Lösungen kann die deutsche Regierung ihre Zustimmung nicht geben. Endlich muß die Ausgleiche der Rüstungen sein, die allein dem Völkerbund volle Aktionsmöglichkeit gewährleistet.

Dieser Weg, der zum Ziel führt, ist willkommen, aber nicht die Aufgabe einer Sanktion. Die vorbereitende Kommission hat, wie der Vertreter Frankreichs ausführt, den Erfolg der kommenden Abrüstungskonferenz sicherzustellen. Den Anfang des Abrüstungsproblems ist der Grundstein für den Völkerbund. In den Annalen des Völkerbundes ist die Aufgabe allen anderen Aufgaben des Bundes vorangestellt. An diesem Problem haben seit vielen Jahren Versammlungen, Pläne und zahlreiche Kommissionen des Bundes sowie internationale Konferenzen gearbeitet. Besonders beschäftigt sich auch das Vertragswerk von Locarno mit diesen Problemen, und in dem Schlußprotokoll zu den Locarno-Verträgen haben sich die Signatarmächte verpflichtet, dem Völkerbund zum Zwecke der Abrüstung ihre Mitwirkung zu gewähren, um in gemeinsamer Verhandlung diese Bestrebungen in die Tat umzusetzen.

Zum Ausgleich des Reichsetats.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Regierungsparteien über die Beilegung des Defizits im Reichshaushalt sind zum Abschluß gekommen. Die Einigung ist auf folgender Grundlage zustande gekommen:

Das Einkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuern wird um 260 Millionen erhöht; ferner sind aus dem Haushaltsjahr 1926 Ueberschüsse in Höhe von 200 Millionen verfügbar. Schließlich soll der Betriebsmittelfonds mit 100 Millionen herangezogen werden. Die Ausgaben des Defizits von 600 Millionen auf der Ausgabenseite vermindern. Es soll sich hauptsächlich um den Fortfall eines Vertrages von 20 Millionen, der für die produktive Erwerbslosenfürsorge in den Etat eingelegt war, handeln.

Eine Reihe verhältnismäßig kleiner Ersparnisse soll durch die Beilegung mehrerer Dispositionsfonds der einzelnen Ministerien erzielt werden. Auf diese Weise ist der ordentliche Etat des Reichshaushalts für 1927 für den Augenblick ins Gleichgewicht gebracht worden. Sollten Ausgaben für die Liquidationsgeschädigten notwendig werden, würde naturgemäß eine neue Lücke entstehen. Im außerordentlichen Haushalt werden 500 Millionen Mark beansprucht. Die ursprüngliche Absicht, diesen Betrag auf Anleihe zu nehmen, ist fallen gelassen worden. Auch bei diesem Etat hatte man Absicht, die Höhe von rund 50 Millionen Mark vorgenommen, wobei 30 Millionen auf Kanalbauten entfallen, die zwar nicht vollständig ruhen, aber wesentlich gestreckt werden sollen.

Das Echo der Presse.

Zur außenpolitischen Reichstags-Aussprache.

Die „Deutsche Tageszeitung“ faßt das Ergebnis der außenpolitischen Aussprache im Reichstag in die Worte zusammen: Außenminister und Parteien waren sich einig darüber, daß Deutschland ein großes Interesse an der Erhaltung des Friedens habe, wie daß ein Hervortreten aus der für uns natürlichen Reserve denn auch untunlich und gefährlich sei.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ nennt die Ausführungen Dr. Stresemanns ein unabweisendes Friedensbekenntnis und eine Abgabe an alle etwaigen Versuche, uns in das eine oder andere Lager hinüberzuziehen.

In der „Tägl. Rundschau“ heißt es: Die außenpolitische Aussprache im Reichstag kann jetzt mit der wichtigen Front — nämlich nach außen — vor sich gehen. Sie ist nicht mehr ein großes internationales Ereignis, sondern sie ist eine parlamentarische Aktion, die sich nach außenpolitischen Gesichtspunkten richtet.

Die „Germania“ sagt: Ganz allmählich rücken wir doch in eine den anderen Mächten gleichberechtigte Stellung auf. Ebenso wie der „Völkische Anzeiger“ verlangt auch das „Berl. Tageblatt“ eine weitere Aufklärung über Genuß.

Die „Post-Zeitung“ betont die Anerkennung der außenpolitischen Grundfrage habe sich kräftig durchgesetzt.

Der „Vorwärts“ unterstreicht den Satz Stresemanns: Es ist für uns eine glückliche Tatsache, daß das wohlverstandene gesamteuropäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands sich völlig deckt.

Das neue Arbeitszeitgesetz.

Kompromiß zwischen den Regierungsparteien.

Nach einer Meldung aus Berlin bewegt sich das im Interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien zustande gekommene Kompromiß in der Frage der vorgeschlagenen Regelung der Arbeitszeit auf dem Boden des Vorschlags, den der Abg. Thiel gemacht hat.

Danach wird in den § 10 eine Bestimmung aufgenommen, die die Leistung von Mehrarbeit zuläßt, wenn die Unterbrechung der Arbeit schwerwiegende Nachteile im Gefolge haben würde. Weiter ist in § 12 die Frage der Saisonarbeit geregelt worden, und zwar in dem Sinne, daß in den wichtigsten Arbeitszweigen, in denen die achtstündige Arbeitszeit während eines Teils des Jahres nicht erreicht wird, in anderen Jahreszeiten, in denen besondere Anforderungen gestellt werden, die Arbeitszeit überschritten werden kann.

Die einzelnen Bestimmungen sollen den Reichsarbeitsminister überlassen werden. Auf der anderen Seite wird die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, daß für jede Mehrarbeit ein Lohnzuschlag bewilligt werden muß. Man wird es den vertragstreu bleibenden Parteien überlassen, in welcher Höhe der Zuschlag festgesetzt wird. Wird keine tarifliche oder sonstige Vertragsabmachung erzielt, so soll ein angemessener Zuschlag in Kraft treten. Als solcher gilt ein Zuschlag von 25 v. H. des Arbeitslohnes. Das Kompromiß wird voraussichtlich nicht von den Parteien in Form eines Antropos im Reichstag eingebracht werden, vielmehr wird beabsichtigt, daß die Regierung die Bestimmungen des Kompromisses übernimmt und danach den Regierungsausschuss abändert. Der Reichstag wird dann den Entwurf voraussichtlich in der abgeänderten Form verabschieden, so daß das Gesetz in der neuen Form an den Reichstag gehen wird.

Die Spannung auf dem Balkan.

Aussichten auf Beilegung.

Wie aus London berichtet wird, hat der britische Außenminister Chamberlain den italienischen Botschafter empfangen.

Offenbar besteht in britischen diplomatischen Kreisen die Meinung, den italienisch-jugoslawischen Streit nicht mehr als außerordentlich dringend anzusehen. So hat der britische Botschafter in Rom keine Weisungen erhalten, irgendwelche Notifikationen bei Mussolini zu erheben in der Weise, wie sie vom Quai d'Orsay angeregt wurden. Die einzige Frage, die die europäischen Mächte jetzt ernstlich erörtern die aber noch nicht endgültig geregelt ist, ist die der Enttendung einer militärischen Untersuchungskommission an die jugoslawisch-albanische Grenze.

Einer Meldung aus Belgrad zufolge gab der serbische Minister des Äußeren Petitch den Pressevertretern folgende Erklärung ab: In dem Augenblick, als schwere, vor der Öffentlichkeit erhobene Anklagen behaupteten, daß unser Staat sich zu einem bewaffneten Zusammenstoß mit Albanien vorbereite, habe ich im Parlament erklärt, daß wir bereit sind, eine Untersuchung durch die ganze Welt anzunehmen. Ich kann Ihnen sagen, daß meine Erklärung wohl erzwungen war. Aus diesem Grunde wiederhole ich Ihnen, daß wir stets bereit sind, einzuwilligen, daß der Völkerbund als das zuständige Organ eine Untersuchung an unserer Grenze und in Albanien anordnet und die Angelegenheit in seine Hand nimmt, wenn er der Ansicht ist, daß der Friede gefährdet und eine Untersuchung notwendig ist.

Blutige Meheleien in Schanghai.

Wüste Ausschreitungen der chinesischen Soldateska.

Nach weiteren Berichten aus Schanghai belästigten Schützen der nationalistischen Armee die nordöstliche Grenze der internationalen Niederlassung durch dauernd unterhaltene Einzelschüsse. Die japanischen Seesoldaten, die den östlichen Teil dieser Gegend besetzt hatten, erwiderten das Feuer von den hohen Dächern aus Schuß um Schuß. Auf die englische Truppenabteilung, die in der Nähe des Nordbahnhofes den Verban besetzt hält, wurde von Schantung-Truppen gefeuert, die bald zum Schweigen gebracht wurden.

Bezeichnend für das Chaos, das außerhalb des Niederlassungsgebietes herrscht, ist der Umstand, daß die Nordtruppen immer noch einen Panzerzug laufen lassen, der auf alles feuert, was ihm in den Weg kommt. Die man annimmt, sind die weißgardistischen Russen, die die Besetzung des Panzerzuges bilden, in Unkenntnis von der tatsächlichen Lage, oder sie haben Angst, den Schuß des Panzerzuges aufzugeben. Ferner sind von den Schantung-Truppen zwei Russen angefaßt der englischen Wache am Verban gefaßt und unter dem Jubel der Chinesen auf die Bajonette gesteckt worden. Der Streik breitet sich weiter aus.

Die bolschewistischen Einschüchterungsversuche werden fähner. Die chinesischen Arbeiter haben die Arbeiter mit dem Tode bedroht, wenn sie nicht sofort den bolschewistischen Anordnungen Folge leisten. Die Szenen in dem chinesischen Stadtviertel sind schlimmer als in der Hölle. Man hört mit Schreien, Schreie von Frauen und Kindern, die hysterisch um- und herlaufen. Viele Frauen sind unbeliebt, da sie von den Soldaten auf der Jagd nach der Beute ihrer Kleider beraubt wurden. Schwer mit Beute beladene Soldaten schreien sich mit Maschinengewehren, die von anderen Soldaten getragen werden und die nicht zögern, sich den Weg durch die von Menschen gefüllten Straßen zu bahnen, indem sie feuern und zahlreiche Leute töten. Der Abendhimmel wird erhellte durch die sich ausbreitenden Feuersbrünste. Die Straßen sind mit Getöteten besät.

Politische Tageschau.

— Aufwertungsfragen im Reichsausschuss. Der Reichsausschuss des Reichstages führte die allgemeine Aussprache über die Aufwertungsfragen und die Regierungsvorlage zu Ende. Er beschloß, in der Spezialberatung zunächst die Frage der Zulässigkeit eines Volksentscheides zur Entscheidung zu bringen, dann den Regierungsgesetzentwurf zu beraten und alsdann die Frage einer Aufwertung der Wertpapiere zu prüfen. Zuletzt soll dann in Verbindung mit dem Reichsfinanzministerium die Frage geprüft werden, inwieweit eine Verringerung der Staatsanleihealtlasten gegenüber dem jetzigen Anleihealtlastengesetz möglich ist.

— Auflösung der preussischen Kronautverwaltung. Die dem preussischen Finanzminister durch Verordnung vom 30. November 1918 übertragene Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens des vormals regierenden Königshauses findet mit dem 31. März d. J. ihr Ende. Die Verwaltung der dem Staat verbleibenden Vermögensgegenstände ist mit Wirkung vom 1. April 1927 an jeweils den zuständigen Fachministern übertragen worden. Im Zusammenhang hiermit wird die preussische Kronautverwaltung aufgelöst. Die Bearbeitung der Angelegenheiten der dem Staat verbleibenden Schlösser und Gärten übernimmt vom 1. April 1927 an die dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterstellte „Verwaltung der staatlichen Schlösser und Gärten“.

— Deutsch-französischer Studentenaustausch. Der französische Unterrichtsminister Perriot hat an die Direktoren der französischen Universitäten ein Rundschreiben gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß das französische Ministerium während der Ferien einen Schüler- und Studenten Austausch zwischen Deutschland und Frankreich organisiert. Bereits Anfang 1926 hat dieses Komitee einen deutsch-französischen Schüleraustausch-Ausschuß eingesetzt, der besonders damit beauftragt war, diesen Schüleraustausch gemeinsam mit der deutschen Vereinigung „Deutsch-französischer Schüleraustausch“ zu verwirklichen. Der Unterrichtsminister weist darauf hin, daß die ersten Ergebnisse durchaus befriedigend gewesen seien. Er bittet nun, den Schüleraustausch sowohl als möglich auszubauen, dessen Wichtigkeit nicht verkannt werden dürfte.

Die deutsche Außenpolitik.

Die große Aussprache im Reichstag.

Berlin, 23. März.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Staats des Auswärtigen Amtes.

Abg. Dr. Haas (Dem.) klagt die Regierung an, daß sie in Genf sowohl in der Saarfrage wie in der oberösterreichischen Schulfrage auf einwandfreie deutsche Ansprüche verzichtet hat und das Zugeständnis eines militärischen Bahnstufes an der Saar scheint uns auch für die Zukunft außerordentlich bedenklich zu sein.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.): Wirklich zufrieden ist keiner mit dem Ergebnis von Genf. Aber dennoch besteht fast eine Einheitsfront für den Außenminister, denn die sogenannte nationale Opposition der Deutschnationalen hat ausgedehnt. Für die Rheinlandraumung hat Thoiry keine günstigeren Lage geschaffen. Die französische Regierung hat niemals anerkannt, daß ihr aus dem Gespräch von Thoiry Verpflichtungen erwachsen.

Abg. Emminger (Bayr. Vp.): Die außenpolitische Lage Deutschlands hat sich in den letzten Monaten nicht unwesentlich verschlechtert. In der polnischen und in der Saarfrage stand das Recht auf unserer Seite.

Reichsaussenminister Dr. Stresemann

geht auf die an den Genfer Verhandlungen geübte Kritik ein. Die kommunistische „Rote Fahne“ behauptet, es beständen Vereinbarungen zwischen Chamberlain, Mussolini und Stresemann gegen Rußland. Es liegt nicht im Interesse unserer Beziehungen zu Sowjetrußland, daß derartige falsche Behauptungen immer wiederholt werden. Damit wird Deutschland vorgeworfen, daß es nicht vertragstreu sei. Auch ich habe das Ergebnis der letzten Genfer Verhandlungen für unbefriedigend. Sie werden aber schließlich einen Minister finden, der Ihnen jedesmal von Genf befriedigende Ergebnisse mitbringen kann. Jede Lösung, die der Völkerbund findet, wird seiner Natur entsprechend ein Kompromiß sein. Man sagt, wir hätten uns lieber im Völkerbundsrat überstimmen lassen sollen.

Es gibt ungeführte Gesetze in der Politik, die von größter psychologischer Bedeutung sind. Im Völkerbundsrat war es bisher Tradition, daß nicht nach Nationen abgestimmt, sondern immer eine Einigung gesucht wurde. Es wäre vielleicht bedenklich gewesen diese Tradition zu verletzen in dem Augenblick, wo zum erstenmal der deutsche Außenminister den Vorsitz führte.

Das Objekt hätte kaum den Einsatz gelohnt und ein möglicher Sieg in einer Einzelfrage wäre vielleicht ein Pyrrussieg gewesen, der uns die Bahn für weitere Fortschritte versperrt hätte.

Der Bahnstuf im Saargebiet

war nicht eine Erfindung der Saarregierung, sondern eine Einrichtung, auf die sich der Völkerbundsrat schon vor Deutschlands Eintritt festgelegt hatte. Schließlich war doch unser Ziel, ebenso wie das des Völkerbundsrats, daß endlich die französischen Truppen aus dem Saargebiet entfernt werden. Hätte ich mich lediglich für ein Kompromiß ausgesprochen, ohne nachdrücklich unseren Rechtsanspruch zu betonen, so wäre das weniger zweckmäßig gewesen, als unser Vorgehen, bei dem wir vor aller Welt unseren Rechtsstandpunkt festgestellt haben.

Wenn mein Dank an den Präsidenten der Saarregierung kritisiert worden ist, so weise ich doch darauf hin, daß dieser Präsident durchaus objektiv die deutschen Interessen gewürdigt und in der Bahnstuffrage gemeinsam mit den Deutschen vorgegangen ist. Wir haben in Genf nicht alles erreicht, was wir wollten, aber wir hätten nicht einmal soviel erreicht, wenn wir nicht Mitglied des Völkerbundes gewesen wären.

In der oberösterreichischen Frage

ist ausdrücklich festgelegt worden, daß durch die Kompromißlösung in keiner Weise der deutsche Rechtsanspruch angefaßt wird. Unsere eigenen deutschen Volksgenossen in Österreich-Oberösterreich sind mit ihren Forderungen an den Völkerbund nicht so weit gegangen wie die deutschen Vertreter in Genf.

Dr. Stresemann beschäftigte sich dann mit der Rede der deutschnationalen Abgeordneten Dr. Spahn, der ein enges Vertrauensverhältnis zwischen den einzelnen Mitgliedern des Kabinetts gefordert habe. Das Vertrauensverhältnis zwischen Außenminister und Kabinett ist an und für sich etwas Selbstverständliches.

Abg. Me. Verantwortlich für die Forderung solcher Verhandlungen, bei denen die Entscheidung in Stunden wechelt, ist überhaupt mehr als man einer einzelnen Person zumuten kann. Im übrigen, so ruft der Minister ziemlich erregt, ist der Vertreter eines Landes natürlich keine Grammophonplatte, die nur eine bestimmte Melodie wiedergibt.

Keine Rede kann davon sein, daß Deutschland deshalb in der polnischen Frage nachgegeben habe, weil es schon an die westliche Politik gegen Rußland gebunden sei. Rein sachlich aber muß oder vernünftiger einsehen, daß auf die Dauer Deutschland von einem

Sollkrieg mit Polen

keinen Vorteil hat. Die Ausführungen des Abg. Dr. Bredt über die Wirkungslosigkeit von Thoiry könnten unsere Situation sehr schädigen. Wir wollen doch festhalten an dem, was damals der Führer der französischen Außenpolitik für möglich und durchführbar hielt.

In einem amtlichen Communiqué heißt es, daß die beiden Außenminister in Thoiry nicht einig geworden seien über eine Gesamtweisung, die noch der Zustimmung der Gesamtkabinette bedürfe. Es bestand kein Zweifel darüber, daß die Basis der deutsch-französischen Verständigung

die Rheinlandraumung

sein muß. Nach Thoiry begann nun ein lebhafter Austausch der gegnerischen Ansichten. Der Kampf ist dort noch nicht entschieden. Von dem weitgehenden Optimismus des französischen Außenministers vom September sind wir zurückgekommen, aber wir sind doch überzeugt, daß diejenigen schließlich sich durchsetzen werden, die aus Locarno mehr als einen bloßen Rheinpakt machen, die daraus die europäische Verständigung auf der Basis der deutsch-französischen Verständigung erreichen wollen.

Zur Abrüstungsfrage muß ich sagen: Locarno wäre ein Anfang, wenn man sich als Friedensstifter bekann, aber rings um Deutschland Bajonette auf Bajonette häuft. Auch die Damespolitik wäre ohne eine allgemeine Abrüstung auf die Dauer kaum denkbar.

Die Abstimmungen.

Das Haus nimmt nunmehr die Abstimmungen über den Haushalts des Innern vor.

Die von den Kommunisten beantragte Streichung des Ministergehalts wird abgelehnt, ebenso gegen Sozialdemokraten und Kommunisten das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen Minister v. Reudell.

Zu dieser Abstimmung erklärt Abg. Erkelenz (Dem.), daß seine Fraktion gegen den Antrag stimme, weil erst vor kurzem die Regierung das Vertrauen ausgesprochen erhalten habe, weil sich inzwischen die politischen Verhältnisse nicht geändert hätten, und weil keine Veranlassung vorliege, solche Abstimmungen in kurzen Zeiträumen zu wiederholen.

Auch eine große Zahl kommunistischer Anträge zum Etat wird abgelehnt, darunter auch die Anträge auf Streichung des Reichskommissariats zur Überwachung der öffentlichen Ordnung, auf Streichung der Technischen Hochschule und auf Erhöhung der Stundentatschenschaftshilfe von 3 auf 5 Millionen.

Eine Reihe von Anträgen wird den Ausschüssen überwiesen. Der Haushalts selbst wird in der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Form angenommen.

An der folgenden Aussprache über den Haushalt des Auswärtigen Amtes beteiligten sich noch Abg. Graf Reventlow (Nationalf.) und Abg. Graefe (Völk.). Der Mißtrauensantrag wird gegen die Kommunisten und Völkischen abgelehnt. Der Etat wird nach den Anschließvorschlägen bewilligt.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Reichsverkehrsminister Koch

geht auf die Pläne zum Ausbau der deutschen Wasserstraßen ein. Selbstverständlich hat die Eisenbahn als Verkehrsmittel die überragende Bedeutung, aber es muß auch geprüft werden, wo der Ausbau der Wasserstraßen volkswirtschaftlich geboten erscheint. Im vorliegenden Etat werden Mittel angefordert, um die Bauwürdigkeit des Kanalsystems und des Rheins—Rhein-Kanals zu unterstützen.

Durch graues Leben

Roman von Ludwig Hansson.

14

(Nachdruck verboten.)

„Wollt ihr mit anders, so will ich gehn, jetzt auf der Stelle! Keine Minute bleibe ich dann mehr hier!“

„Gut, komm' herein und hole deine paar Pfennige! Ich habe rascher wieder einen von deinesgleiche, als du einen Pfennig bekommst. Du bereust's noch!“ sagte er und sah mich bei den letzten Worten an, als ob er eine Bitte von mir erwartete, die Bitte, dabeizubleiben zu dürfen. Ich aber sagte ihm aus befreitem Herzen und befriedigtem Gewisse: „Wenn ich in meinem ganze Leben niemals mehr zu bereuen hätte wie heute, dann wäre ich der glücklichste Mensch und folgte ihm ins Haus, wo er mit großer Umständlichkeit, das, was mein war, zusammenfachte und mir einhändigte. Immer noch kamte er in den Ecke herum und brummte unverständlich Zeug. Offenbar erwartete er immer noch, daß ich Zufall vor ihm tue und vor ihm bereue, was keiner Reue bedurfte. Als ich hatte, was mein war, sagte ich ihm Lebewohl ohne Aufregung und trat noch einmal, ich konnte nicht anders, in den Stall zu den Pferden! Sie leckte mir die Hand und legte die Köpfe an mich, als ob sie mich habehalten wollten. Schwer ward mir ums Herz und ich aina, der Heimat zu. Der Posthalter hat seinen Diktator mit gedroht. Er mußte an dem Tage selbst fahren. Mein Koffer hat dem armen Gaul nichts genutzt. Ich sah mir Schmerz, er so verflümmelt, und der neue Koffer, ein junger Auf, hat, wie ich aestein sah, keine heillosen Last, weil der Gaul nun vor jeder Steinigkeit erschrickt. — „So, ich hab' dir nun alles gesagt, Rosa! Ich schaffe dabeim die nötige Arbeit, dann gehst du, wie ich dir neulich andeutete, zum Oberpostamt

nach Eichentruhe. O Rosa! Ich kann dir mit jage, was ich die letzte Tage leide mußte vor lauter Gedanken, vor Erbittern über die Armiseligkeit und Niedertracht dieser Lunte, die kein Herz habe, kein's für Mensch und Tier, und die dann noch großartig den Gut voreinander ziehe und sich Herr nenne und nenne lasse. Ach, ich verzweifelte oft fast im Widerstreit meiner Gefühle und dachte, die harte, fremde, kalte Welt sei nur für rohe und raube Herze da und mein empfindendes Herz sei mit für diese oberflächliche Welt geschaffen. — Doch, was denkst du, Rosa? An deinem Bejahe oder Verneine all' desse, was ich tat und mit anders tun konnte, hängt meine Ruhe, hängt mein Herzenglück. Sag', was denkst du, Lieb? Und heil' unsfahle beim letzten Worte sein rechter Arm das Mädchen, und flüsternd war ihr inniges, gitterndes Bejahe: „Gott gab dir ein, was du sagtest und tatest. Ich habe nichts Geringeres von deinem Herzen erwartet!“

Ein helser Auf vermählte ihre freischen Lippen, und doppeltes Sichverstehen und seelisches Anerkennen floß in inniger Zwiesprache von Herz zu Herz — einen süßberauschenden Augenblick — da sankte der biegsame, federnde Stiel einer ledernen Taschenpfeife pfeifend durch die Nachtluft, — einmal, zweimal, dreimal, — wie ein Auf über Eduard Sanders und Rosas Augen und Wangen, daß es wie Feuer aus den Augen des am meisten getroffenen Eduard fuhr, und er kam Rosa mit plötzlichem Schmerzenslaute ob der unerträglich, unerwarteten Mißhandlung von dem Sibe emporstürzte, als ihnen beiden aus dunkler Umgebung die Worte entgegenklangen: „Ahner! Kump! Spitzdub! Deine ichner glatte Bage solle dir wenig helfen!“ Und wieder sankte der Pfeifenstiel hernieder, auf Rosas Naden. Sie sagte auf in wildem Schmerze. Da machte Sanders auf aus seiner momentanen Verblüfftheit. Er ließ die Hand Rosas fahren, mit einem Schmunzeln sagte er über die Steinbank und

griff voll Mut mit beiden Händen in das Dunkel und dem, der sie beide hinterlistig überfallen. „Niedertrachtiger Hund, feiger!“ schrie er, da — fuhr ihm die Pfeife erneut um die Ohren. Den Schmerz diesmal verbitterte machte er einen Sprung nach der Richtung, woher Schlag gekommen. Mit Mienkraft packte er die mächtige Mannesgestalt, wider die er rannte, mit den Armen und schlenkerte sie gegen den knorrigen Stamm, und fragte und der Körper wie leblos zur Seite der Steinbank niedersank. Eduard griff nach der Pfeife, doch fand sie nicht im Dunkel und in der Aufregung.

„Hör auf, halt ein, Eduard!“ rief Rosa voll Angst. „Sieh mal nach, wer es ist, man hört ja keinen Namen.“ Sie hielt sich fest an dem geliebten Vurschen, der ein zurücktrat und ein Schwefelbälchen aufflammte. Ein Erdröden fuhr er zusammen, als er im unklaren Säeine des Glühens den Daliegenden erkannte. Rosa fuhr unwillkürlich mit beiden Händen zum Mund. „Mein Vater!“ hauchte sie erschauernd und sagte zu Eduards Arm, „mach' schnell noch einmal Licht, er ist sich gar!“

Ohne ein Wort der Erwiderung folgte Sander den Worten und nun sahen sie, wie über das glattrötbreite Antlitz des alten Schreier, das auffallend in dem Zwielicht erschien, langsam rote Tropfen rannen. „Du hast ihm den Kopf gegen den Stamm gesaht! O Eduard, ich glaube, er ist tot!“ sagte Rosa tödlichem Erdröden. „Schüttle ihn einmal, dann er vielleicht ein Lebenszeichen von sich.“ Mit Wüßereien sagte Eduard Sander die ihn noch eben so schmerzlich getroffen und rührte den Kopf des Daliegenden und suchte ihn aufzurichten. Ein Stöhnen drang aus der starren Brust. „Hörst du?“ hob er ihn auf und bettete ihn auf die Steinbank.

Handelsteil.

Berlin, 23.

— Devisenmarkt. Spanien und Mailand notierten fortsetzen, das Geschäft war lebhafter. Der Rentenmarkt kurz faum verändert.

— Produktmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Roggen m. 26.00—26.90, Roggen m. 24.40—24.60, Hafer 19.20—20.50, Sommergerste 21.40—24.20, Hafer 19.80—20.50, Weizenmehl 34.25—36.50, Roggenmehl bis 34.75, Weizenkleie 15.25, Roggenkleie 15.00.

Frankfurt a. M., 23.

— Devisenmarkt. Die Mark und Lira lagen fest.

— Effektenmarkt. Die heutige Börse verkehrte in Stille. Am Anleihemarkt schloß jedes Interesse.

— Produktmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Roggen 26.50—27.00, Sommergerste 25.50—27.00, (inland) 22.00—22.50, Mais (gelb) 18.00, Weizenmehl bis 40.00, Roggenmehl 36.50—36.75, Weizenkleie 14.25, Kleie 14.50—14.75.

Aus aller Welt.

□ Schweres Baunnglück. Im Leunawerk bei Merseburg ereignete sich ein schweres Baunnglück. Auf einem waren mehrere Maurer mit dem Verputzen eines Schächts beschäftigt, als plötzlich ein Teil des Gerüsts durchbrach, darauf stehenden Arbeiter stürzten in die Tiefe und von dem nachstürzenden Gerüst verschüttet. Fünf von erlitten Verletzungen, zwei davon schwere.

□ Selbstmord einer ganzen Familie. In ihrer Wohnung in Berlin wurden der 46jährige Eisenbahnarbeiter Bolle seine 27jährige Stütze und drei Kinder durch Leuchtgas giftig tot aufgefunden. Der Selbstmord ist ungewiss. Die Ehefrau war unbekannt verzogen.

□ Schweres Automobilunglück. — Sieben Tote. Postauto, das 70 Arbeiter von der Arbeitsstätte nach beförderte, stürzte auf der Chaussee zwischen Rudow und Gellenu in eine Schlucht und begrub sämtliche Insanter sich. Bis zur Stunde konnten sieben Tote und 18 Verletzte geborgen werden. Das Unglück ereignete sich in scharfen steigenden Kurve. Aus bisher unaufgeklärten Gründen plötzlich die Rette des Postautos. Die Bremse und der Wagen raste mit unheimlicher Geschwindigkeit wäris bergab, knickte an einer Brücke das Geländer und stürzte von der Brücke herab in die Schlucht.

Letzte Nachrichten.

Von Meinel gestorben.

München, 23. März. Der frühere bayerische Minister, Erzengel Ritter von Meinel, der erst vor Wochen von seinem Amt zurückgetreten war, ist in der vergangenen Nacht im Alter von 62 Jahren gestorben.

Zu den Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten.

Berlin, 23. März. Der Polizeipräsident teilt mit, gestrigen Abend ist es anlässlich einer Demonstration des Frontlampenbundes an verschiedenen Stellen der Stadt mehrere Zusammenstöße gekommen. Nach den bisherigen Feststellungen sind die zur Sicherung des Umzuges eingesetzten Schutzpolizeibeamten, die sich zunächst trotz aller Provokationen sehr zurückhielten, von den Demonstranten planmäßig angegriffen worden. Mehrere Beamte wurden hierbei Messerstiche, Steinwürfe und Schläge mit Schlagringen verletzt, darunter zwei Beamte so schwer, daß ihre Führung ins Krankenhaus notwendig wurde. Einzelne, die zunächst nur Schreckschüsse abgegeben hatten, mußten sich in der Rothelfer gewunden von ihren Schutzwaffen Gebrauch machen. Dadurch wurden etwa sechs Demonst-

Arbeit. Besonders die Landwirte wissen den Wert der Morgenarbeit zu schätzen und richten daher ihre Lebensweise ein einigend des Sprichworts „Morgenstunde hat Gold im Munde!“

Wettervorhersage für Freitag, 25. März. Warm, trocken, meist heiter, vorübergehende Bewölkung.

Gültigkeit der Oster-Sonntagskarten. Die Sonntagskarten der Reichsbahn sind über Ostern von Gründonnerstag mittags 12 Uhr bis Dienstag nach Ostern vormittags 9 Uhr gültig, d. h. die Rückfahrt muß am Osterdienstag vor 9 Uhr vormittags angetreten sein. Zur Rückfahrt dürfen die Sonntagskarten erst ab Karfreitag benutzt werden.

Bereine und Versammlungen.

Erster Westdeutscher Jägertag in Köln.

Der Westdeutsche Jägerbund hielt hier unter Beteiligung zahlreicher Behördenvertreter seine Jahreshauptversammlung ab. Einem Begrüßungsabend der Stadt Köln folgte die Hauptversammlung, bei der der erste Vorsitzende des Bundes, Rechtsanwalt Blagheim, auf die Missetaten hinwies, die seit dem Kriege im deutschen Jagdwesen eingerissen seien. Namentlich die Wilddieberei, die einen immer größeren Umfang annehme, müsse scharf verfolgt und streng bestraft werden. Ferner sei eine Änderung der Schonzeit sowie eine einheitliche Regelung des Ausganges zur Jagd in der Rheinprovinz, Westfalen und Hessen-Nassau angebracht. Die als Inflationssteuer eingedachte Kreissteuer müsse vollständig verschwinden.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim.

Betrifft: Jagdverpachtung.

Der Termin zur Verpachtung der hiesigen Jagdnutzung am Montag, den 28. März ds. Jrs. vorm. 11 Uhr findet nicht statt.

Hochheim a. M., den 21. März 1927.

Der Jagdvorsteher: Arzbächer.

Betrifft: Müllabfuhr.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, das häufig Müll an die Stadtausgänge abgelagert wird und an anderen Plätzen zur Lagerung kommt, wo dies unzulässig

ist. Deshalb wird in Erinnerung gebracht, daß für solche Lagerung der Müll unterhalb des Weihers bestimmt ist. Bei der Anfuhr an diesen Platz lade man nicht an jedem beliebigen Plätzchen ab, sondern an der Schuttböschung damit nicht der ganze Platz verunreinigt wird. Kindern gebe man bei Müllabfuhr entsprechende Weisung. Bei weiteren unzulässigen Ablagerungen müßte dringend eingeschritten werden.

Hochheim am Main, den 22. März 1927.

Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Betrifft: Sperrung der Laubenschläge.

Auf Grund des § 1 der Lokalpolizeiverordnung vom 23. November 1915 wird angeordnet, daß die Laubenschläge von jetzt ab bis 1. Mai 1927 einschließlich geschlossen gehalten werden müssen.

Zu widerhandlungen werden bestraft.

Hochheim am Main, den 22. März 1927.

Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Vom 1. April 1927 ab wird die monatliche Erhebung der Gebühren für Licht- und Kraftstrom-Entnahme eingeführt und zwar in folgender Weise:

Für den Verbrauchsmonat wird am Ende desselben (erstmalig Ende April 1927) der Zählerstand von Bediensteten des städt. Elektrizitätswerkes abgelesen, der Verbrauch festgestellt und dem Strombezieher mündlich unter Angabe des ungefähr zu zahlenden Betrages einschl. Zählermiete mitgeteilt. Die Rechnung für diesen Verbrauchsmonat wird bei der folgenden Ablesung am Ende des nächsten Monats (erstmalig also Ende Mai) präsentiert und muß dem Ableser sofort gezahlt werden. Es folgt keine Zahlung aus irgend einem Grunde, auch eventuell, weil der Strombezieher oder eine zur Zahlung befugte oder befähigte Person nicht anwesend war, so wird die Rechnung einige Tage später nochmals vorgezeigt. Für diese nochmalige Vorgeigung ist gleichzeitig mit Zahlung des Rechnungsbetrages eine Ganggebühr von 30 Rpf. zu entrichten. Wird auch bei dem nochmaligen Vorgeigen der Rechnungsbetrag nicht bezahlt, so ist der betreffende Ableser unter allen Umständen straffe gehalten, die Leitung sofort abzuschneiden.

Aushändigung der Rechnung gilt als Quittung.

Auch evtl. Reklamationen gegen die Richtigkeit der rechnerischen Verbrauchs- oder gegen Fehler in der Verbindung nicht von der Zahlungspflicht.

Ein Zähler, der wegen Zahlungssäumigkeit abgelesen wurde, darf erst wieder angeschlossen werden, das rückständige Stromgeld einschließlich Gebühren ein Betrag von 5 RM. als Gebühr für den Abschluß gezahlt sind.

Ausnahmen von dieser Neuordnung der Gebühren oder Stundungen, Ratenzahlungen usw. sind nummernmäßig möglich.

Hochheim a. M., den 18. März 1927.

Der Magistrat: Arzbächer.

Betrifft: Umherlaufen des Viehs außerhalb eingezäunter Grundstücke.

Nach dem Feld- und Forstpolizei-Gesetz vom 1. 1926 § 9 ist es bei Strafe bis zu 150 RM. oder bis zu 3 Tagen verboten, Vieh, (dazu gehört auch Vieh), außerhalb eingezäunter Grundstücke ohne Aufsicht oder ohne genügende Sicherung laufen zu lassen. Mit derselben Geldstrafe oder Haft bis zu 14 Tagen nach § 12 dieses Gesetzes bestraft, wer unbefugt auf Grundstücken Vieh weidet. Auf diese Bestimmungen erneut hingewiesen. Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß das Eintreiben von Gänsen und Enten den Weihern verboten ist.

Um die Grundstücksbesitzer und die verpachteten Flächen im Weier vor Schaden zu bewahren und den Viehrein zu halten, wird auf die Beachtung der Verbote geachtet werden und bei Übertretungen Strafe eintreten. Die Polizeibehörden sind entsprechend angewiesen.

Für etwaigen Wasserlauf der Gänse und Enten gestattet, am Montag und Donnerstag jeder Woche 4 Uhr nachmittags, ab den Weihern zu diesem Zweck benutzen. Ferner ist die Bachhauswiese hierfür gegeben.

Hochheim a. M., den 22. März 1927.

Die Polizeiverwaltung: Arzbächer.

Der fluge Geschäftsmann inseriert

Der Zille-Film



„Die Verrufenen“

8 Akte (Der fünfte Stand) 8 Akte. Ein Drama aus den Tiefen der Großstadt, mit Mady Christians, Bernhard Goetzke, Egede Nissen. — Ab morgen Freitag, den 25. bis zum Sonntag, den 27. März in den U.-T.-Lichtspielen hier. —

Am 1. April bringen wir den Großfilm à-la „Walzertraum“

„An der schönen blauen Donau“

Kaufhaus Frik Wolff

Abteilung Herren-Konfektion!

Herren-, Burshen- und Knaben-Anzüge, tadellos! Neueste Muster in jeder Preislage.

Zur hl. Kommunion und Konfirmation offeriere:

Anzüge, Hüte, Hemden, Kragen, Kravatten, Schuhe usw. Kleiderstoffe in den modernsten Mustern. — Besonders preiswerte Angebote in Strumpfwaren.

Beachten Sie bitte meine Schaufensterauslagen!

Kaufhaus Frik Wolff, Hochheim a. M.

Gartenkies

blau und weiß. Bestellung nimmt alsbald entgegen.

Franz Vellen, Frankfurterstraße 32.

Strümpfe

und Unterzeuge

finden Sie bei mir in großer Auswahl, hervorragend in Qualität u. bei niedrig gestellten Preisen. Bitte um Beachtung meiner Schaufenster.

Frau J. Diefenhard

1897er

Alle Kameradinnen u. Kameraden werden auf Samstag 8 Uhr zu einer Versammlung im „Hassauer-Saal“ (Bes. H. Dittmann) eingeladen.



Mieterschutz-Berein, Hochheim a. M.

Sonntag, den 27. März nachmittags 3.30 Uhr im Gasthaus zur Eintracht, Weierstr.

General-Versammlung

wozu alle Mitglieder gebeten werden, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Weinbergspfähle!

1a tranziert, sowie auf heiltem Wege imprägniert Stiel 1,25—2 m. lang, Baumstämme, Holenstämme, Spalierpfähle, Pfosten für amerik. Anlagen und zur Einfriedigung 2—3,50 m. lang, offeriert zu billigen Preisen.

Hg Jos. Friedrich, Oeserich im Rheingau, Telefon 70, Gegründet 1875.

Eier-Abchlag

Siedeleier 2	10 Stück	88
Siedeleier 1	10 Stück	98
Siedeleier extra	10 Stück	1.08
Trinkeier	10 Stück	1.18
„Columbus“	10 Stück	1.28

Griesbandnudeln	Pfd.	44
Eierbandnudeln	Pfd.	54
Eierschnitznudeln	Pfd.	64

Latscha's Eiernudeln		
1/2 Pfd. Paket		33
1/2 Pfd. Paket		65

Bruchmakaroni	Pfd.	0.44
Stangenmakaroni	Pfd.	0.54
Eierspitz	Pfd.	0.58
Milchobst	Pfd. 1.00 und	0.75
Maumen mit Stein	Pfd. 0.80 0.55 und	0.35
Maumen ohne Stein	Pfd.	0.70
Dampfsäpel	Pfd.	0.82
Aprikosen getrocknete	Pfd.	1.60
Malaga dunkel	1/2 Kilo	1.60

J. Latscha

Beste mit Uhr Bienen-Honig

im „Ruhgänger“ hängen gelassen. Der ehrliche Händler wird gebeten diese gegen Bestätigung Wassenheimerstr. 15 abzugeben.

offener, goldgelber, Qualität 10 Pfd. 10.70, 5 Pfd. 5.35, 2 Pfd. 2.70, 1 Pfd. 1.35, mehr. Nachr. 30 Pfd. mehr. Hochheim a. M., Ende März 1927. Zahlreiche Anerkennungen.